

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stephan Lenz (CDU)

vom 30. April 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Mai 2014) und **Antwort**

Demographische Entwicklung beim Berliner Verfassungsschutz (2014 – 2022)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie ist das aktuelle durchschnittliche Alter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner Verfassungsschutzes, aufgliedert in einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst?

Zu 1.: Das durchschnittliche Alter der Beschäftigten des Berliner Verfassungsschutzes im einfachen Dienst beträgt 59 Jahre, im mittleren Dienst 48 Jahre, im gehobenen Dienst 45 Jahre und im höheren Dienst 48 Jahre.

2. Wie viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beamte sowie Angestellte) scheidet voraussichtlich bis 2022 altersbedingt aus?

Zu 2.: Es werden voraussichtlich bis zum Jahr 2022 insgesamt 34 Beschäftigte der Abteilung Verfassungsschutz altersbedingt ausscheiden.

3. Wie viele Einstellungen sind bis 2022 im Bereich Verfassungsschutz geplant, ebenfalls aufgeschlüsselt nach Jahren und Positionen?

Zu 3.: Von den zu erwartenden durch Ausscheiden von 34 Beschäftigten der Verfassungsschutzabteilung freiwerdenden Stellen bis zum Jahr 2022 sind die unterschiedlichsten Aufgabenbereiche vom Pfortnerdienst über die Auswertungssachbearbeitung bis zur Gruppenleitung betroffen.

Es ist beabsichtigt und für Fortführung der Arbeit des Verfassungsschutzes unerlässlich, diese Arbeitsgebiete vollumfänglich nachzubesetzen.

4. Plant der Senat weitere Maßnahmen, um mögliche, durch die Überalterung der Verwaltung hervorgerufene Engpässe frühzeitig zu erkennen und zu begleichen?

Zu 4.: Der Senat von Berlin stellt sich der Herausforderung, den öffentlichen Dienst für neu einzustellende Beschäftigte und bereits beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als attraktiven Arbeitgeber aufzustellen.

Die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Berliner Verwaltung durch die Umsetzung zielgerichteter Maßnahmen der Personalentwicklung, die Steigerung und Verbesserung der Effizienz sowie die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dabei vorrangiges Ziel.

In Umsetzung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses zur Personalpolitik wird derzeit ein Personalbedarfskonzept für die Berliner Verwaltung erarbeitet. Grundlage des Personalbedarfskonzepts ist der altersbedingte Personalabgang, in Form einer Fluktuationsprognose sowie der daraus resultierende Nachbesetzungs- und Ausbildungsbedarf bis 2020 im Bereich der allgemeinen Verwaltung und in den fachspezifischen Berufsgruppen. Auf Grundlage dieses aufgabenkritischen Personalbedarfskonzeptes wird die Erhaltung der Funktionstüchtigkeit der Berliner Verwaltung sichergestellt. Sofern sich aus der Entwicklung der wachsenden Metropole Berlin neue Anforderungen an die Berliner Verwaltung ergeben, finden diese Eingang in das Konzept. Des Weiteren wurde im Ausbildungsjahr 2013/2014 eine Ausbildungsoffensive des Senats gestartet. Ziel ist es, junge Menschen für die vielfältigen Ausbildungsberufe in der Berliner Verwaltung zu gewinnen, die attraktiven Weiterbildungsmöglichkeiten im Berufsleben vorzustellen und nicht zuletzt die Möglichkeit Beruf und Familie aufgrund attraktiver Arbeitszeitangebote zu ermöglichen. Die zunächst temporäre Übernahme von Auszubildenden im Anschluss an die Ausbildung ist bereits gängige Praxis in der Berliner Verwaltung. Die dauerhafte Übernahme der Auszubildenden nach erfolgter Bewährung wird angestrebt.

Nachbesetzungen in besonderen Aufgabenfeldern und Führungsfunktionen werden mit einem effektiven Wissenstransferprozess begleitet. Zur Gewährleistung des effektiven Wissenstransfers sind für das Haushaltsjahr 2015 10 Mio. Euro etatisiert.

Berlin, den 17. Mai 2014

Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Mai 2014)